Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1923

21.9.1923 (No. 216)

Visual Library

Nr. 216 61. Jahrgang — Karlsruhe, Freitag den 21. September 1923

Bezugspreis (freibleibend) vom 16.–22.: In Karlsruhe durch Träger M. 2300000 (o. d. Abholstelle in Karlsruhe M. 2220000). Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt Mk. 400000.—.

Fernsprecher: Geschäftsstelle 535.

Badischer Beobachter

Anzeigengrundpreis: Einspaltig, 1 mm hoch 45 Mk., im Reklameteil 130 Mk. Schlüsselzahl (Multiplikator) 12000. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Raum-Rabatt, der bei zwangsweiser Beitreibung und bei Konkurs wegfällt.

Fernsprecher Redaktion 572.

Verleger und Herausgeber: Akt.-Ges. „Badenia" (Wilhelm Johner, Direktor). Rotationsdruck der „Badenia" Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Drahtadresse: Beobachter. Postscheck-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Werktags einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familientisch" und „Frauenrundschau". — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: vormittags ½8 Uhr.

Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer; für den Nachrichtendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil Dr. H. A. Berger; für die Anzeigen: J. Wurzler, sämtliche in Karlsruhe.

Vom Tage.

Baldwins Abreise von Paris hat sich um 24 Stunden verschoben. In 14 Tagen soll eine neue Zusammenkunft Baldwin-Poincare stattfinden.

Gestern hat ein französischer Ministerrat stattgefunden, in dem Poincare und Le Trocquer Bericht erstatteten.

Der Reichstag tritt am Mittwoch zusammen.

Die Korfufrage wurde gestern einer juristischen Kommission des Völkerbundes zur Prüfung überwiesen.

Der Aufstand in Bulgarien soll, wie verlautet, durch die Regierung Jenkow niedergeschlagen worden sein.

Die Franzosen sind vom Mannheimer Schloß wieder abgerückt unter Zurücklassung einer Wache.

Die sächsischen Kommissionen verlangen in einem Antrag im sächsischen Landtag den Rücktritt des Reichswehrministers.

Ab 1. Oktober tritt eine neue Postgebührenerhöhung in Kraft, nach der das Porto für einen Fernbrief 2 Millionen Mark beträgt wird.

Möglichkeiten.

Poincare und Baldwin, die Leiter der französischen und englischen Politik, haben sich in Paris getroffen und miteinander gesprochen. Das war sicher kein Höflichkeitsbesuch, den der englische Ministerpräsident in Paris abstattete. Die Unterhaltung war ohne Zweifel hochpolitisch und galt der entscheidungsschwangeren Lage besonders in dem Verhältnis von Frankreich und Deutschland, das seine Auswirkung für ganz Europa hat. Ueber die Aussprache veröffentlichen die Blätter jene im Orakelstil gehaltenen Mitteilungen, aus denen man alles und nichts entnehmen kann. Anscheinend hat man sich sowohl von Englands wie von Belgiens Seite bemüht, in Frankreich im Sinne einer Verständigung bezw. Mäßigung zu wirken. Ob sich daraus irgend eine Hoffnung ergibt, daß der Ruhrkonflikt auf dem Weg irgend eines Einvernehmens zunächst zwischen Frankreich und Deutschland und dann mit sämtlichen Beteiligten gelöst werden kann, steht dahin. Grau wie der Himmel steht vor uns die Welt.

Wie liegt nun die Sache hier in Deutschland? Es ist durch die Berliner Regierungsstellen kein Zweifel darüber gelassen worden, daß sich die passive Abwehr an der Ruhr und am Rhein nicht mehr lange, wenigstens nicht in der bisherigen Form, weiterführen läßt, daß die Ansprüche, die durch diese Abwehr an die Finanzkraft des Reiches gestellt werden, nicht mehr erfüllt werden können. Die Reichsregierung hat aus diesem Zustande seit einigen Tagen die Folgerungen gezogen und versucht, sich mit Poincare über eine neue Form des Zusammenlebens der beiden Staaten: Deutschland und Frankreich zu verständigen. Es sind in der Hauptsache drei Gesichtspunkte, die klargestellt werden müssen, um diese Form feststellen zu können: Der erste Gesichtspunkt betrifft den passiven Widerstand, der zweite die Frage der Reparation, der dritte die der Sicherung. Das sind bekannte Dinge. Die Fragen müssen aber alle drei gelöst werden, und zwar mit der Gesamtheit der Entente gelöst werden, ehe der politische Zustand geschaffen werden kann, das neue Vertragsverhältnis, das die nächste Zukunft Europas garantiert. Es genügt nicht, daß wir uns z. B. mit der Reparationskommission etwa über die Frage der Reparationen einigen. Es muß — das scheint jetzt festzustehen — früher über die Frage des passiven Widerstandes eine klare Formel gefunden werden. Das verlangt nicht nur Poincare, das verlangen auch wir, die wir unser Leistungsangebot und unsere Leistungsverpflichtungen abhängig machen von der Wiederherstellung der Souveränität über die besetzten Gebiete. Wenn es nun auch feststeht, daß wir nicht mehr lange den passiven Widerstand finanzieren können, so ist damit doch keineswegs gesagt, daß wir, sobald das Stadium der Ohnmacht in dieser Beziehung faktisch feststeht und falls bis dahin keine Verständigungsformel über den passiven Widerstand mit Poincare gefunden worden ist, formell kapitulieren. Eine solche Alternative hat anscheinend Poincare in seiner ganzen Ruhrpfänderpolitik in Rechnung gestellt. Er hat in seinen Reden dauernd unsere vorbehaltlose Kapitulation verlangt. Das deutsche Verhalten im Falle der Unmöglichkeit der Weiterführung des passiven Widerstandes konnte eben noch ganz andere Formen annehmen als die formelle Kapitulation: „Wir könnten zur Gewalt übergehen, zu einem Verzweiflungsakt; wir könnten auch das Ruhrgebiet — wie der technische Ausdruck heißt — einfach „Versacken" lassen; da der Verzweiflungswiderstand ein Unding ist, ein Akt, bei dem alle Politik aufhört und dessen Resultat von vornherein als ungünstig für uns feststeht, so kommt er, wenigstens, solange die parlamentarische Regierung in Deutschland besteht, nicht in Frage. Etwas anderes aber bedeutet die andere Möglichkeit, nämlich die des „Versackenlassens" des deutschen Westens. Eine solche Methode wäre selbstverständlich auch eine Methode des Schreckens; aber sie ist immerhin auch eine fürchterliche Möglichkeit, mit der Poincare gut tut zu rechnen; sie ist eine schreckliche politische Waffe, vor allem schrecklich für diejenigen, die heute im deutschen Westen wohnen; sie ist aber auch eine Waffe, die heute Poincare zu fürchten hat. Würde der deutsche Westen in seiner ganzen Existenz der französischen Verantwortung überlassen bleiben, so würden sich daraus nicht nur für Frankreich, sondern für die gesamten Ententestaaten Aufgaben entwickeln, die sie so einfach nicht bewältigen können; Aufgaben, zu deren Bewältigung allem Anschein nach auch noch nicht die geringsten Vorbereitungen getroffen worden sind. Wir halten Poincare nicht für so dumm, daß er an diese Möglichkeit zurzeit nicht denkt. Wir glauben auch, daß der englische Ministerpräsident Baldwin solches schreckensvolle Ende der französischen Ruhraktion wohl in dem Bereich seiner Ueberlegungen einbezogen hat. Wir ziehen daraus den Schluß, daß Baldwin und Poincare sich gerade mit dieser Frage am Mittwoch befaßt haben. Die Frage ist für englische Interessen kaum weniger wichtig als für die deutschen.

Welche Stellung Poincare demgegenüber einnimmt, ist uns nicht bekannt. Möglich, daß es ihm wichtiger erscheint, den Franzosen die Genugtuung zu verschaffen, das einst so mächtige Deutschland als Luft zu behandeln, als das Interesse Europas zu wahren. Möglich auch, daß ihm doch etwas graut vor dem, was kommen könnte. Großherzige und weitblickende Entscheidungen liegen dem Staatsmann Poincare im allgemeinen fern. Er sieht nur das Nächste. Aber auch so müßte er vor gewissen Aussichten und Möglichkeiten zurückschrecken. Die nächsten Tage müssen die Entscheidung bringen. Dem deutschen Volk kann man nur wünschen, daß es sie mit festem Herzen abwartet und den Kopf darüber nicht verliert. Keine Entscheidung ist schlimmer als die, die auf mangelnde Besinnung trifft. Wir müssen in der nächsten Zeit alle moralische Kraft zusammennehmen, um die Schwere der Zeit zu tragen. Wer jetzt nur an sich denkt und das Vaterland im Stich läßt, verdient ewige Verachtung.

*

Nach der Pariser Zusammenkunft.

Theunis über seine Unterredung mit Poincare.

Brüssel, 20. Sept. Gestern nachmittag ist hier unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Theunis ein Kabinettsrat zusammengetreten. Der Ministerpräsident sowie der Außenminister Jaspar haben ihren Kollegen über die internationale Lage, zumal über den Zustand der Dinge im Ruhrgebiet und im Rheinland, Bericht erstattet. Theunis machte gleichzeitig Angaben über ein Gespräch, das er vorgestern abend mit Poincare führte. Die Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und Theunis währte eine Stunde. Die beiden Staatsmänner sollen erneut ihre völlige Uebereinstimmung betreffend die Ruhrpolitik festgestellt haben. Sie seien der Uebebrzeugung, daß der passive Widerstand mit jedem neuen Tag immer mehr nachlasse.

Französischer Ministerrat.

Paris, 21. Sept. Gestern nachmittag fand beim Präsidenten Millerand in Rambouillet ein Ministerrat statt. Ministerpräsident Poincare referierte ausführlich über die außenpolitische Lage. Der Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer schilderte seine Eindrücke während seiner Inspektionsreise ins Ruhrgebiet, von der er gerade zurückgekehrt ist.

Der belgische Ministerrat.

Paris, 20. Sept. In der gestrigen Sitzung des belgische Ministerrates erstattete Jaspar Bericht über die von Dr. Stresemann an den Botschafter von Frankreich und Belgien in Brelin unternommenen Schritte. Der Kanzler habe zugestanden, daß das Reich außerstande sei den passiven Widerstand fortzusetzen. Doch könne er sich für den Geist der Bevölkerung nicht verbürgen. Gleichzeitig habe er die Botschafter gebeten, ihm die Stellungnahme ihrer Regierungen im Hinblick auf die rheinische Abfallbewegung mitzuteilen, worauf ihm erwidert worden sei, daß auf diese allein die Rheinländer angehende Frage die Botschafter nicht zu erwidern haben. Im weiteren Verlauf der Sitzung beschloß der belgische Ministerrat dem König die Umwandlung der Todesstrafe für die Mörder des Leutnant Graf in lebenslängliche Zuchthausstrafe vorzuschlagen.

Baldwins Abreise um 24 Stunden verschoben. — Neue Unterredung mit Poincare in 14 Tagen?

Paris, 21. Sept. Seiner ursprünglichen Absicht entgegen hat der englische Ministerpräsident Baldwin seine Abreise um 24 Stunden verschoben und wird erst heute mittag nach London zurückkehren. Auf eine neue Begegnung haben er und Poincare für den Augenblick verzichtet, da sie sich, wie die Liberte gestern abend feststellte, vorläufig nichts mehr zu sagen haben. In hiesigen diplomatischen Kreisen glaubt man jedoch, daß eine neue Zusammenkunft Baldwins mit Poincare in naher Zukunft verabredet ist und zwar werde sie in etwa vierzehn Tagen stattfinden, da bis dahin, so wird angenommen, im Ruhrgebiet entscheidende Ereignisse nicht zu erwarten sind.

Pariser Pressestimmen?

Paris, 21. Sept. Zu der Begegnung zwischen Baldwin und Poincare schreibt der Petit Parisien: Die beiden Ministerpräsidenten hätten sich sicher nicht vereinigt, wenn das Mißverständnis über die politischen Fragen fortbestände. Baldwin mache keineswegs ein Hehl daraus, daß er nicht glaube, daß durch die Ruhrbesetzung Geld aus Deutschland herausgezogen werden könne, und daß diese Besetzung rasch ihren militärischen Charakter verlieren müsse. Freilich wünsche er, daß die Besetzung, ob sie zivil oder militärisch sei, in Kürze ein Ende finde, da er befürchtete, daß sie auf das innere Gleichgewicht Deutschlands zerstörend wirke. Poincare seinerseits sei nicht der Mann, der wiederholt ausgesprochene Erklärungen zurücknehme. Man könne infolgedessen damit rechnen, daß er Baldwin zu verstehen gegeben habe, daß Frankreich nicht mit Deutschland verhandeln werde, solange der passive Widerstand andauere. Diese beiden sich widersprechenden Auffassungen habe die gestrige Unterredung nicht aus der Welt schaffen können. Trotzdem sei ein unmittelbar bevorstehendes Ereignis im Begriff, diese Aussprache zum Teil überflüssig zu machen. Wenn der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufgehört habe, wie das mit oder ohne Zustimmung von Berlin sich ereignen könne, dann würde die Lage völlig geändert sein. Von dieser Möglichkeit hätten Baldwin und Poincare sich auch unterhalten müssen. In diesem Falle sei ein großer Teil der englischen Einwendungen von selbst hinfällig. Wenn Deutschland wanke, könnte die vorherrschende Sorge von England nur die sein, nicht von den Verhandlungen ausgeschlossen zu werden, die diesmal zu einer endgültigen Reparationsregelung führen müßten. Das werde Baldwin nicht verfehlt haben, mit Offenheit Poincare mitzuteilen, und Poincare habe sicher bekanntgegeben, daß niemals die Rede davon gewesen sei, die Reparationsfrage ohne den Beistand der Verbündeten Frankreichs zu regeln, und daß er im Grunde genommen internationalen Konferenzen nicht feindlich gegenüberstehe unter der Bedingung jedoch, daß sie jedesmal sorgfältig vorbereitet würden, um Improvisation und Verirrungen zu verhindern. Das halbamtliche Blatt glaubt auch, daß die beiden Staatsmänner sich gegenseitig versichert haben, daß sie geneigt seien, gemeinsam, wenn der Augenblick gekommen sei, die Schlußregelung vorzunehmen, die imstande sei, jeder Unsicherheit für die Zukunft und für die Gegenwart ein Ende zu bereiten. Zukünftige Unterhandlungen, ähnlich wie die gestrige, die erweitert würden, sollen nach dem Petit Parisien, sei es in London oder in Paris, stattfinden. Das sei eine gute Uebergangspolitik.

Die deutsche Verhandlungsbasis.

Berlin, 20. Sept. Wie die Telegraphen-Union von maßgebender Seite erfährt, sind die Bestrebungen der Reichsregierung seit Wochen auf Schaffung einer Verhandlungsbasis mit den Alliierten gerichtet. Deutschland ist bereit, alles was in seiner Macht liegt, zu tun, um die wirtschaftliche Tätigkeit im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Erfolg der deutschen Bemühungen ist aber bedingt durch die Stellungnahme der Franzosen. Die Forderungen Deutschlands zielen auf eine Amnestie für die Verurteilten, auf Rückkehr der Verbannten, auf die Uebergabe der Verwaltung des Ruhrgebiets in die Hände der deutschen Beamten, auf die Gewährleistung der freien Arbeit und des freien Verkehrs im besetzten und unbesetzten Gebiet. Sollten diese Voraussetzungen von Frankreich erfüllt werden, so steht nichts mehr dem Beginn effektiver Zahlungen im Wege, die wiederum ihrerseits als Grundlage für die Räumung des Ruhrgebiets von Frankreich anerkannt werde.

Eine Denkschrift Stresemanns.

Paris, 20. Sept. Die Mittagblätter geben eine Meldung der Daily Mail wieder, wonach Reichskanzler Dr. Stresemann eine Denkschrift über die Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen ausgearbeitet und zunächst der belgischen Regierung überreicht hätte. Die Denkschrift enthält drei Hauptpunkte:

1. Deutschland ist bereit, den passiven Widerstand einzustellen, falls die im Ruhrgebiet verhafteten Deutschen befreit werden und die ausgewiesenen Ruhrbewohner die Erlaubnis erhalten, ins besetzte Gebiet zurückzukehren.

2. Deutschland will versuchen, zur Beschaffung der Reparationen eine höhere Summe als die in der Note des Dr. Cuno enthaltene Summe von 30 Milliarden Goldmark zustande zu bringen.

3. Die deutsche Regierung ist bereit, in Deutschland eine internationale Finanzgesellschaft zu gründen, ferner eine Generalhypothek auf die deutsche Industrie aufzunehmen und der Reparationskommission Anteile an sämtlichen deutschen Industrieunternehmen einzuhändigen.

Die halboffiziöse Radio-Agentur, die diesen Auszug den Blättern zustellt, knüpft daran folgende auffallende und bemerkenswerte Notiz:

Es ist zu beachten, daß dieser Plan der deutschen Regierung, falls er wirklich vorhanden ist, einen erheblichen Fortschritt gegen den letzten Vorschlag des Herrn Stresemann bedeutet. Poincare hat am Sonntag erklärt, daß Deutschland den Weg über die Reparationen nehmen müsse. Der Kanzler scheint das verstanden zu haben.

Wie die Blätter melden, wird Baldwin heute abend seine Rückreise nach London antreten.

*

Ein Zwischenfall in Genf.

Genf, 21. Sept. In der Sitzung des Völkerbundsrats kam es gestern zu einem peinlichen Zwischenfall, als der italienische Vertreter Salandra damit drohte, sich zurückzuziehen, wenn Lord Robert Cecil darauf bestünde, in der Aussprache die italienische Aktion auf Korfu verurteilen zu wollen. Schließlich willigte Cecil darin ein, daß die Korfufrage von dem juristischen Komitee des Völkerbundes studiert werde. Die Diskussion beschäftigte sich dann mit den Grenzen Polens und der Tschechoslowakei.

*

Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 21. Sept. Gestern fand eine Besprechung zwischen Dr. Stresemann und dem Reichstagspräsidenten statt, in der die Frage der Einberufung des Reichstags geklärt wurde. Es scheinen neuerdings Momente eingetreten zu sein, die es angebracht erscheinen lassen, daß die Regierung nicht ihren Standpunkt über die außenpolitische Lage und den Ruhrkonflikt darlegt. Vielmehr soll die politische Aussprache in einer Sitzung des auswärtigen Reichstagsausschusses stattfinden. Wenn dieser zusammentreten wird, steht noch nicht fest, vielmehr wird darüber der Aeltestenrat des Reichstags entscheiden. Man nimmt an, daß der auswärtige Ausschuß gleichfalls zusammentreten kann, um die Erklärung der Regierung entgegenzunehmen, und sich dann über die außenpolitische Lage zu unterhalten. Das Plenum des Reichstags wird Mittwoch drei Uhr nachmittags zusammentreten. Auf der Tagesordnung wird die Frage der Umwandlung des Gehaltszahlungsmodus für die Beamten stehen.

*

Reichsratsbeschlüsse.

Berlin, 21. Sept. Der Reichsrat erklärte sich in seiner gestrigen Vollsitzung einverstanden mit einer Verordnung über Zollerhöhungen, die hauptsächlich bezweckt, die Einführung von entbehrlichen Luxusartikeln einzudämmen. Er stimmte ferner einer Verordnung zu, wonach aufgrund des Notgesetzes die erschöpften Kredite für den Reichshaushalt sofort aufgefüllt werden sollen. Zunächst soll die Ermächtigung des Finanzministers zur Ausgabe von Schatzscheinen mit 6500 Billionen erklärt und der Betriebskredit zur vorübergehenden Verstärkung der Mittel der Reichshauptkasse um weitere 20000 Billionen vermehrt werden. Angenommen wurde der vierte Nachtragsetat von 1923. In ihm werden zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse 12416 Billionen verlangt, wovon 6000 Billionen auf die Ausführung des Versailler Vertrags entfallen, 1990 Billionen auf die Verstärkung des Extraordinariums der allgemeinen Reichsverwaltung, 2495 Billionen auf Darlehen der notleidenden Länder und der Rest zur Verstärkung des Abwehrkampfes für das Ruhrgebiet. Schließlich wurde nach kurzer Aussprache ein Gesetz zur Förderung der Forst- und Weidwirtschaft angenommen.

—(*)—

Baden, Rhein und Ruhr.

Zur Besetzung des Mannheimer Schlosses.

Mannheim, 20. Sept. Zur Besetzung des Mannheimer Schlosses durch die Franzosen wird uns geschrieben: Es ist nicht bekannt, was im Innern des besetzten Schlosses vorgeht, da niemand hinein und heraus darf. Im Landgericht und Amtsgericht und bei den im Schloß untergebrachten Behörden muß die Arbeit ruhen. Dem Vernehmen nach sollen im Schloß zwei Beamte festgenommen worden sein; sie dürften jedoch lediglich zum Verhör weggebracht worden sein. Man vermutet, daß das Erscheinen der Franzosen mit der Absicht zusammenhängt, große Geldbeträge im Schloß zu beschlagnahmen. Es steht jedoch fest, daß im Schloß keine bedeutenden Summen vorhanden waren. Die Bevölkerung ist natürlich über das Erscheinen der Franzosen sehr aufgebracht, doch vermeiden sie Zusammenstöße.

Nur noch eine Wache im Schloß.

Mannheim, 21. Sept. Die Franzosen sind aus dem Mannheimer Schloß bis auf eine Wache wieder abgezogen.

120 Milliarden beschlagnahmt.

Bochum, 21. Sept. Gestern mittag wurden auf der hiesigen Stadthauptkasse durch die Franzosen 120 Milliarden Mark beschlagnahmt.

Neue Verordnung des Generals Degoutte.

Berlin, 21. Sept. Die Franzosen erheben vom 20. September für die Abstempelung von Personalausweisen eine Gebühr von 4½ Millionen Mark. — Nach einer Verordnung (Nr. 70) des Generals Degoutte kann die interalliierte Kontrollkommission in Hütten und Bergwerken überall im besetzten Gebiet jeden Bestand an Heizmaterial und Nebenprodukten der Kohlen zu Lande, per Achse und auf dem Wasser, gleichviel welcher Art, beschlagnahmen. — Die Zeitung „Schlageter" ist endgültig verboten worden.

Sanktionen für französische Unfähigkeit.

Gelsenkirchen, 20. Sept. Durch die Besetzung der Zechen Consolidation und Rhein-Elbe durch französische Truppen ist die Gasversorgung der Stadt Gelsenkirchen vollständig unterbunden worden. Obwohl dieser Uebelstand nur dadurch eingetreten ist, daß die Besatzungstruppen nicht in der Lage sind, die Gasversorgung, die durch die Zeche Rhein-Elbe bewerkstelligt wird, in Gang zu bringen, haben sie gestern an die Stadt Gelsenkirchen eine Mitteilung gesandt, in der für den Fall, daß die Straßenbeleuchtung nicht unverzüglich in Gang gebracht wird, folgende Sanktionen über Gelsenkirchen verhängt werden: Sperrung des Fuhrwerkverkehrs von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Die Besatzungsbehörde macht darauf aufmerksam, daß sie Patrouillen durch die Straßen schicken wird, die streng darauf achten sollen, daß die Anordnungen durchgeführt werden.

*

Essen, 20. Sept. Eine Statistik über die Abfuhr von Kohlen durch die Franzosen und Belgier während der Ruhraktion beweist aufs neue den krassen Mißerfolg des Ruhreinmarsches. Darnach betrug das Ruhrerträgnis der Besatzungsmächte während der ganzen Zeit der Ruhraktion nur 26 Prozent der deutschen freiwilligen Kohlenlieferungen im Jahre vorher.

—(⊙)—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Zum Pronunziamiento in Spanien

schreibt man uns von unterrichteter Seite:

Was in diesen Tagen in Spanien vorgeht, ist keine „Revolution", sondern eine Aktion der Armee, verkörpert durch das Offizierkorps, gegen die geplante Revolution. Die konservative Regierung Sanchez Guerra, Vorgängerin der jetzigen liberalen Regierung Garcia Prieto, hat zwar im Oktober v. J. die Offiziersvereinigungen („Juntas de defensa") aufgelöst. Aber es war selbstverständlich, daß diese Auflösung sich nur auf die äußere Form erstrecken konnte. Sie wurde deshalb auch ohne Widerspruch hingenommen. Die Juntas bildeten eine Art Nebenregierung, d. h. sie achteten scharf auf die Haltung der Regierung gegenüber dem Umsturz, und falls ihnen diese Haltung zu lässig erschien, so verlangten sie durch Protest Aenderung dieser Haltung und eventuell deren Rücktritt. Solches passierte im Jahre 1921 Romanones und 1922 Sanchez de Toca.. Auch Gartia Prieto erregte schon die Unzufriedenheit der Juntas. Es sind nun jedesmal die liberalen Kabinette, die in bedenklicher Weise die Zügel der Staatsautorität am Boden schleifen lassen und jedes energische Einschreiten gegen den Umsturz unterlassen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in Barcelona, Bilbao, Valencia, Sevilla und anderen größeren Städten politische Morde geschehen, sei es von Syndikalisten (Anarchosozialisten) unter sich, sei es an Beamten und Polizeifunktionären. Auch der Kardinalerzbischof Soldevila in Zaragoza fiel bekanntlich einem solchen Attentat zum Opfer. In keinem Land der Welt wird dieser Kampf auf solch erbitterte Weise ausgefochten. Die Polizei hat festgestellt, daß die Syndikalisten mit russischem Geld unterstützt werden. Die Regierung tat nichts, als daß sie ein Waffentragverbot erließ, das natürlich auch bloß auf dem Papier steht. Infolgedessen und wegen ihrer sonstigen Tatenlosigkeit und totalen Unfruchtbarkeit und Unfähigkeit herrscht große Unzufriedenheit in Spanien bei allen gutgesinnten vaterlandsliebenden Spaniern, und die katholische Presse, besonders El Debate, gab dieser Unzufriedenheit in scharfen Angriffen auf die Regierung Ausdruck. Da nun neuerdings die syndikalistisch-revolutionäre Propaganda auch mehr und mehr die Armee zum Zielobjekt macht — nicht ohne Erfolg, wie die Meuterei von Malaga zeigt —, so fürchtet das Offizierkorps, besonders im Hinblick auf die Unpopularität des Marokkofeldzugs, ein Weitergreifen der revolutionären Bewegung und darin liegt die Wurzel des Pronunziamentos des Generalkapitäns von Katalonien, General Primo de Rivera, Marques von Estella, der in Barcelona seit seinem Amtsantritt sehr energisch gegen die Syndikalisten vorging, deren Haupt, Pestana, verhaften ließ und bei Haussuchungen riesige Lager von Sprengstoffen konfiszierte, die genügt hätten, sämtliche Behörden in die Luft zu sprengen. Das war nämlich der Plan der Syndikalisten. Es müssen ganz besondere Beweggründe vorliegen, weshalb Primo de Rivera seine Aktion gerade jetzt unternahm und das ganze offizielle Spanien so unsanft aus der Sommerfrische aufschreckte. Garcia Prieto erschwerte dem König die Haltung, da er nur der Gewalt weichen wollte. Es kam nun ganz darauf an, ob sich das Generalkapitanat Madrid, ferner Sevilla, Valencia, Malaga und Bilbao anschlossen, was auch geschah. Man darf überzeugt sein, daß der ordnungs- und sicherheitsliebende Teil des Volkes dieser Bewegung Erfolg wünscht, wenn man sie auch als ungesetzlich formell verurteilen muß. Aber die Regierung Garcia Prieto hat sich fortwährend außerhalb des Gesetzes gestellt und ist mit ihrer Kammer nichts als ein Klüngelprodukt der Liberalen aller Richtungen, die nur durch unerhörte Wahlvergewaltigung der Regierung — eine seit 1876 noch nie in diesem Maßstab erlebte Wahlbeeinflussung, besonders auch durch Stimmenkauf — die Mehrheit in der Kammer erlangt hat. Man braucht also den Sturz dieser Regierung nicht zu bedauern. Sie hat ihn reichlich verdient. Der König steckt nun in einer Zwickmühle. Hält er am Kabinett Garcia Prieto fest, so verliert er die Sympathie des Militärs und des Volkes. Gibt er der Militärpartei nach, so ist er vor der Rache der Loge nicht mehr sicher. Siegt die Militärpartei und übergibt sie nach einem vorübergehenden Militärkabinett die Regierung einem Staatsmann wie Maura, La Cierva, Goicoechea oder Osforio, so kann das Pronunziamento der Auftritt zu einer inneren Wiedergeburt des Landes sein. Nutzt sie es aber zu einer Art Faszismus aus, um den Marokkokrieg zu verewigen — auch nach der geplanten Wiederherstellung der spanischen Waffenehre —, so wird die Gefahr einer Revolution von unten und eines Bürgerkrieges heraufbeschworen. Wir haben also in Spanien ein ähnliches Schauspiel wie in Italien, eine Revolution gegen die Revolution, oder einen Präventivkrieg gegen den Umsturz.

Inzwischen ist die Regierung zurückgetreten, der Außenminister Alba (nicht zu verwechseln mit dem Herzog von A.) hat sich durch Flucht der Verhaftung entzogen und der König hat das ihm vorgeschlagene Direktorium genehmigt, an dessen Spitze der Generalkapitän von Madrid, General Munoz Cobo, steht, ein bisher nicht hervorgetretener Mann, während die dem Direktorium noch angehörenden Generale Berenguer und Cavalcanti vom Marokkofeldzug her bekannt sind: sie gehören zu den „Sündenböcken". General Millan Priego, der zum Minister des Innern ernannt wurde, ist gleichfalls bisher nicht hervorgetreten. Das Programm, das der Marques de Estella (Primo de Rivera) einem Vertreter des Matin entwickelt hat, ist das von Antonio Maura längst verfochtene, dessen Durchführung aber die Schaukelpolitiker stets hintertrieben. Was vor einigen Monaten die katholische Zeitung El Debate verlangt hatte, die Diktatur und Neuordnung des Staates durch dieselben wollen sie jetzt, ungehindert durch die Berufspolitiker, mit einem Schlag durchführen und dann die Regierung Zivilpolitikern ihres Vertrauens übergeben. Zu diesem Zweck wollen sie die Kammern auflösen und zunächst ohne Parlament die Reformen durchführen, wohl wissend, daß dieses Parlament für solche Pläne nicht zu haben ist. Der Schaukel- und Futterkrippenpolitik soll somit ein jähes Ende gemacht werden und es ist charakteristisch, daß in Spanien der „Militarismus", der dort freilich nicht die odiose Rolle spielt, die er in Deutschland gespielt hatte, die rettende Tat vollbringt, die kein Politiker und auch der sich an das Herkommen gebunden fühlende König nicht vollbringen konnte, da beide vor dem Staatsstreich zurückschreckten. Vom katholischen Standpunkt aus ist zu sagen, daß durch dieses Unternehmen auch die kulturkämpferischen Pläne der Alba (des Vertreters der Laienschule), Alvarez und Romanones vernichtet wurden. Romanones reiste sofort nach Madrid, da er jetzt dem König nahe sein müsse. Hoffentlich gelingt es dem alten Mephisto nicht, den König wankend zu machen, wofür die Generale wohl Sorge tragen werden. Primo de Rivera wurde bei seinem Eintreffen in Madrid vom Publikum stürmisch begrüßt. Das spanische Volk hat diesen unfruchtbaren Parlamentarismus satt und will endlich Taten sehen. Deshalb wird Primo de Rivera bei allen guten Patrioten der populärste Mann Spaniens sein.

—)*(—

Ausland.

Der Wiederaufbau der Isonzo-Zone.

Turin, 19. Sept. Die im Weltkrieg durch die Wirkungen der Artiellerie ziemlich zerstörte Kampfzone am Isonzo ist dank der erfolgreichen Wiederaufbauarbeiten al sfrüherer Kampfplatz kaum noch zu erkennen. Die landwirtschaftlichen und gärtnerischen Arbeiten sind in diesem Gebiet in diesem Jahre wieder mit Erfolg aufgenommen worden. Das Gebiet hat beinahe wieder denselben Ernte- und Obstertrag wie im Frieden.

Ein merkwürdiger Vorfall im österreichischen Parlament.

Aus Wien schreibt man uns: Im österreichischen Parlament hat sich der ungewöhnliche Fall ereignet, daß ein Abgeordneter einem anderen im öffentlichen Haus Diebstahl vorgeworfen hat. Nicht Diebstahl von geistigem Eigentum oder von politischen Urkunden, sondern von nahrhaftem Brot, süßem Zucker, und echtem Bohnenkaffee, die christlichsoziale Abgeordnetenvereinigung, der der Beschuldigte angehört, fragte sogleich beim sozialdemokratischen Verband, dessen Mitglied der Beschuldiger ist, an, und erhielt eine Mitteilung, woraus hervorzugehen schien, daß der Beschuldiger auch außerhalb des Parlaments die Beschuldigungen aufrecht erhalte. Dieses Schreiben war gezeichnet von dem bekannten Parlamentarier Seitz, zweiter Präsident des österreichischen Parlaments und gewesenes Staatsoberhaupt der Republik Oesterreichs. Der angeschuldigte Abgeordnete erhob Klage gegen den Sozialdemokraten. Vor Gericht als Zeuge vernommen erklärte nun Präsident Seitz, das Schreiben habe nicht er diktiert, sondern sein Sekretär und die Unterschrift Seitz sei auch nicht von ihm. Da somit die Bestätigung der außerparlamentarischen Wiederholung fehlte, und der beklagte sozialdemokratische Abgeordnete leugnete, mußte er freigesprochen werden. — Aber diese Verleugnung der Unterschrift durch den Obmann eines parlamentarischen Klubs ist doch ein höchst sonderbarer Vorfall, der sehr viel besprochen wird. Ganz abgesehen von dem Abgeordneten, der einen Kollegen öffentlich des Diebstahls beschuldigt und vor Gericht gezogen, statt den Wahrheitsbeweis anzutreten, sich mit solchen Mitteln hinter seine Immunität verschanzt.

—)*(—

Der Volksverein für das kath. Deutschland 1922/23.

Von Adolf Isele, Volksvereinssekretär für Baden.

Auf der letzten Generalversammlung des Volksvereins in München bezeichnete der Hochwürdigste Herr Kardinal Dr. Faulhaber den Volksverein als den ständigen Katholikentag im kleinen. Diese Bezeichnung ist eine wirklich treffliche und wird durch den Jahresbericht 1922/23 erneut bestätigt. In allen Teilen des kath. Deutschland hat der Volksverein mit seinen vielen Versammlungen, Konferenzen und Kursen auch in diesem Berichtsjahr eine rege Tätigkeit entfaltet. Mit seiner gut ausgebauten Centralstelle, seinen Landes- und Bezirkssekretariaten ist er in erster Linie Träger der Tätigkeit der Katholiken im öffentlichen Leben. Von seinen Veranstaltungen sind 1570 Versammlungen, 698 Konferenzen und 78 Kurse statistisch erfaßt. Ein großer Teil seiner Arbeit läßt sich nicht statistisch erfassen.

Die Volksvereinshefte mit ihrem wertvollen Inhalt kamen wieder in Millionen Exemplaren in die Hände des kath. Volkes. Es ist richtig, daß viele Volksvereinshefte nicht gelesen werden, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dieselben einen wertvollen volksbildenden und volkserzieherischen Inhalt haben. Gerade die Besten im Volke werden die Volksvereins-Hefte lesen und hohen Nutzen daraus ziehen.

Die Literatur des Volksvereinsverlags findet immer weitere Verbreitung in allen Ständen und auch unter Nichtkatholiken. Selbst an den Universitäten wird dieselbe empfohlen. Es ist von ganz unschätzbarer Bedeutung was der Volksverein durch seine Verlagsschriften für die kath. Sache in Deutschland schon geleistet hat. Denken wir uns die eigenartige Volksvereins-Literatur hinweg, so erkennen wir, daß die Katholiken um eine wichtige Position schwächer wären, weil es ihnen dann an volkstümlichen, sozialen und staatsbürgerlichen Schriften fast vollständig mangeln würde.

Der Heranbildung von katholischen Führern aus allen Ständen hat der Volksverein von jeher größte Beachtung geschenkt. Was er auf diesem Gebiete geleistet hat, hat noch keine kathol. Organisation geleistet. Das kath. Volk wird ihm dafür ganz besonders dankbar sein, da es gerade heute erkennt, wie notwendig tüchtige Führer sind. Wir klagen heute über Mangel an kleinen und großen Führern. Wie groß wäre erst dieser Mangel, wenn der Volksverein nicht schon Tausende solcher Männer herangebildet hätte? Im Berichtsjahre haben 4 größere Führer-Kurse mit zusammen 170 Teilnehmern stattgefunden.

Die Mitgliederbewegung wurde durch unsere Zeitverhältnisse ungünstig beeinflußt. Wir haben einen allgemeinen Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Am 1. Juli ds. Js. zählten wir im Reich rund 589 000 Mitglieder — das sind 98 000 weniger, in Baden rund 34 000 Mitglieder, das sind rund 8000 weniger und in Hohenzollern 2680 Mitglieder — das sind 592 weniger wie im Vorjahr.

Es bedarf wohl auch keiner besonderen Begründung, daß die Finanzlage einer solchen Organisation in der heutigen Zeit keine gute sein kann. Während sich auf der einen Seite die Ausgaben rasch der Entwertung anpassen, ist eine solche Anpassung der Einnahmen auf der anderen Seite nicht möglich. Nur langsam passen sich die Mitgliederbeiträge der Entwertung an und mit jeder Erhöhung gibt es neue Mitglieder-Verluste. Infolge der ungünstigen Finanzlage mußten im Berichtsjahr eine Reihe von hauptamtlichen Volksvereins-Sekretariaten aufgegeben werden. Es sind dies die Sekretariate in Aachen, Augsburg, Gelsenkirchen-Dortmund, Hamburg, Heiligenstadt, Münster i. W., Nürnberg, Offenbach a. M., Osnabrück, Recklinghausen und Worms. Das Landes-Sekretariat in Württemberg wird nur noch nebenamtlich verwaltet. Die Aufhebung dieser Sekretariate bedeutet für die Katholiken Deutschlands natürlich eine große Einbuße ihres Einflusses im öffentlichen Leben.

Ein Blick in die Zukunft zeigt uns große gewaltige Aufgaben einerseits und wachsende Schwierigkeiten für unsere Arbeit anderseits. Wollen wir uns von den Aufgaben locken oder von den Schwierigkeiten niederdrücken lassen? Die Entscheidung für das Erstere wird das Bessere sein.

Aus dem sozialen Leben

Aus der Not der Zeit.

Von der Bezirksleitung des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen (christl. Gewerkschaft) wird uns folgendes geschrieben:

Wohl kaum eine Arbeitnehmergruppe dürfte es geben, welche einer solch trostlosen Lage ausgesetzt wäre, wie der badische Kreisstraßen- und Wegewärter. Wochenlang arbeitet letzterer seine 8 Stunden täglich auf der Kreisstraße — ohne für seine Arbeit Lohn erlangen zu können. Die badischen Kreise mit Ausnahme der Kreise Karlsruhe und Mannheim, welch letztere Gehaltszuschüsse vom Reich erhalten, sind in der letzten Zeit nicht mehr in der Lage, den Wärtern den ihnen zustehenden Gehalt (nach Besoldungsgruppe I) rechtzeitig auszuzahlen. Ganz kleine Teilzahlungen, die ein kleiner Bruchteil des Gehaltes darstellen, kommen reichlich spät und entwertet zur Auszahlung. Die Verarmung in diesen Wärterkreisen hat große Fortschritte gemacht. Moralische Pflicht der Behörden (Gemeinden, Kreis und Staat) ist es, nichts unversucht zu lassen, um zu helfen. Dazu gehört, daß die Reichszuschüsse allen badischen Kreisen zuteil werden und bis zur Genehmigung derselben vonseiten der badischen Staatsregierung in hinreichender Weise den Kreisen mit Darlehen unter die Arme gegriffen werden muß. Erhielten im August jeder Kreis eine Milliarde Mark Darlehen, womit die Kreise bei weitem nicht ihren Lohnzahlungsverpflichtungen nachkommen konnten, so steht z. Zt. dem Ministerium des Innern ein Betrag von 100 Milliarden Mark zur Verfügung zwecks Gewährung von Darlehen. Dieser Betrag sollte restlos den badischen Kreisen zur Verfügung gestellt werden, damit letztere auch die Möglichkeit erhalten, annehmbare Gehaltsteilzahlungen an die Wärter vornehmen zu können. Der Kreis Freiburg z. B. schuldet noch fast den ganzen Juligehalt und für August erfolgte nur eine ganz geringe Anzahlung. Bei der Genehmigung von Darlehen sollte der Staat auch Rücksicht nehmen auf die Zahl der von den Kreisen beschäftigten Wärter. Daß ein Kreis wie Freiburg mit ca. 180 Wärtern ein größeres Darlehen braucht als ein Kreis mit 30—40 Wärtern dürfte verständlich sein.

Zu hoffen wäre, daß bald die Reichszuschüsse allen badischen Kreisen zuteil würden. In diesem Falle erhalten die Kreise 75 Prozent Zuschuß zu den Aufwendungen für Gehaltszahlungen an die Wärter. Es scheint aber, daß Dank dem „Eifer" der von den Kreisen Offenburg und Villingen sowie von 20 Bezirksämtern an den Tag gelegt wird, noch nicht so bald mit Reichszuschüssen zu rechnen ist. Trotz wiederholter dringender Reklamation fehlen dem Ministerium des Innern heute immer noch die Unterlagen von den 2 Kreisen und den 20 Bezirksämtern. Solange diese nicht eintreffen, können die gesammelten Unterlagen dem Reichsfinanzministerium nicht unterbreitet werden zwecks Erlangung von Reichs-

Das Jüngferlein von Avalon.

30) Von Angelika Harten.

Als Rosemarie hinauslief, der Freundin entgegen, drückte der Major seiner Schwester die Hände. Seine Augen strahlten vor Freude.

„Laß mich dir noch einmal aus ganzem Herzen danken, Walburg. Deinen unermüdlichen Bemühungen, deiner treuen Sorge und Liebe verdanke ich den Erfolg meines Kindes."

Sie wehrte bescheiden ab. „Nur Gottes Güte haben wir zu danken, die das Kind so reich mit schönen Geistesgaben gesegnet hat. Und das beste von allem, was sie mitbekommen hat, ist ihr offenes, ehrliches, im besten Sinne kindliches Wesen und ihr treues, tapferes Herz. Es sind freilich auch eine ganze Reihe Flecken und Fleckchen auf dieser Sonne."

„Ich weiß wohl", sagte der Vater. „Ihre Eitelkeit und Empfindsamkeit, ihre schnell zufahrende kritische Art, ihre wenn auch gutmütige Neigung zum Spotten . . .."

„Die wachsende Selbsterkenntnis und das Leben selbst werden sie schon korrigieren."

Rosemarie lief der Freundin mit strahlendem Gesicht entgegen.

„Die herzlichsten Glückwünsche von allen Schweitzerleuten!" sagte Broni und überreichte einen großen Strauß purpurfarbenen Flieders und herrlich duftender Narzissen, sowie eine in feines Seidenpapier eingeschlagene Notenrolle. Es war ein gedrucktes Musikstück: „Die Königin von Avalon von Richard Schweitzer" und „Fräulein Rosemarie Falkner von Falkenburg gewidmet". Dem Notentext standen ein paar kurze Verse vorgedruckt:

„Ich bin ein fahrender Spielmann,
Und sie eine Königin,
Sie hat mit ihrer Hoheit
Verzaubert meinen Sinn."

Tief errötend, mit beschämt gesenkten Augen stand Rosemarie vor der Freundin.

„Richard hat gedacht, es würde dir eine kleine Freude machen, Rosemarie. Er schrieb, daß er alle Erinnerungen an unser Zusammensein im lieben Wald- und Wiesenland von Avalon eingeheimnist habe. Besonders aber einen schönen Weg, den er vor Jahren mal mit der Königin selbst gemacht haben will."

„Königin, Königin!" sagte Rosemarie verlegen. „Nun brauchst du auch schon das stolze Wort. Das ist ja alles barer Unsinn. Aber das Jüngferlein von Avalon ist hocherfreut über die wertvolle Kunstgabe und tut sich vielmals und schönstens bedanken. Doch nun komm! Laß mich zuerst die lieben Blumen versorgen und dann springst du mit an den Waldrand und hilfst mir Maikräuter pflücken. An der Nordseite gibts immer noch junge, verspätete. Selbstverständlich bleibst du heute abend zum Nachtessen und Böwlchen bei uns."

„Das kann ich wirklich nicht. Du kannst dir wohl denken, daß wir mit Einrichten im neuen Hause noch viel zu tun haben. Und dann ist der Weg von euch zu uns ja auch jetzt viel weiter. Fast bis halbwegs Falkenhain."

„Ach ja! Das neue Haus! . . . Wer hätte gedacht, daß ihr wirklich einmal auf der Blumenhalde, da oben über Falkenhain, wohnen würdet! . . . Wir haben uns in den letzten Wochen vor dem dummen Examen ja leider so wenig sehen können, daß ich schon fragen muß, Broni: Ist deinen Eltern die Uebersiedlung und die neue Lebensweise gut bekommen?"

„Mutter ist sehr zufrieden. Der Vater konnte sich anfangs nicht recht in die Beschäftigungslosigkeit schicken. Jetzt freilich macht ihm die Arbeit in dem großen neuen Garten viel Freude. Die Mutter war so froh, daß er sich endlich entschlossen hatte, die Mühle zu übertragen. Er ist doch schon über sechzig. Für mich hat die Sache noch ein besonderes Glück im Gefolge gehabt", fügte sie leise hinzu, „und ich kann es dir nicht länger verschweigen. Ich bin so froh, Rosemarie! Vater will mir jetzt meinen Herzenswunsch erfüllen. Ich darf ins Kloster gehen!"

Rosemarie schob die Freundin erschreckt von sich.

„Also doch, Broni! Ich habe es ja von Anfang an gefürchtet! Mein Gott, solch ein Opfer willst du bringen?"

„O Rosemarie, kein Opfer! Ich darf ja nur meinem Glück folgen. Den Eltern zulieb habe ich noch immer gewartet. Nun, da Mutter weniger Arbeit hat — sie ist ja noch rüstig und hat ein tüchtiges Dienstmädchen — hat sie meine Sache beim Vater befürwortet. Ein kleines Opfer habe ich aber doch bringen müssen. Ich wäre am liebsten bei den Salvator-Schwestern eingetreten. Du weißt ja, daß ich bei ihnen meine glücklichen Pensionsjahre verlebt habe.. Aber da sie jetzt aus Deutschland vertrieben, im Auslande leben müssen, wollte Vater dazu seine Einwilligung nicht geben. So habe ich mich gefügt und die lieben Schwestern im Klösterchen hier um Aufnahme gebeten. Sie haben mich sehr liebevoll aufgenommen. Aber im Juli muß ich mich zuerst im Mutterhause zu Aachen vorstellen.. Dann ist die Generaloberin, übrigens eine Verwandte meiner Mutter, von einer Visitationsreise zurück und dort anwesend."

„In Aachen! . . . Das ist ja fein . . . Weißt du was, Broni? Ich begleite dich. Aber selbstverständlich nur bis vor die Klosterpforte. Ich möchte doch die interessante alte Stadt Karls des Großen kennen lernen. Und die kurze Zeit, die du noch hierbliebst, müssen wir täglich beisammen sein."

„Von Herzen gern, Rosemarie. Uebrigens noch eine Neuigkeit: die Amélie Ferrand, Richards Cousine aus Paris, wird morgen für ein paar Wochen zu uns kommen. Ich bring' sie dir nächster Tage einmal."

*

Als Rosemarie mit den duftenden Kräutern nach Hause kam, lagen zwei weiße Lederkästchen auf dem Tische. Das eine enthielt ein Geschenk des Vaters für seine fleißige Tochter: ein kunstvoll in Email und Goldfiligran gearbeitetes Medaillon, dessen Rückseite den Falken mit den Ringen und dem Eichenkranz mit der Umschrift „Treu und standhaft" ebenfalls in buntfarbiger Schmelzarbeit zeigte. Im anderen Kästchen war ein Goldreif mit herrlichem Türkis, der von zwölf funkelnden Brillantsteinchen umgeben war.

„O Tante, das ist ja der Brautring deiner Mutter! Und du willst dich davon trennen!"

„Mit Freuden für dich, mein Herzenskind."

Voll innigen Dankes drückte Rosemarie dem Vater und der Tante die Hände.

Der Major räusperte sich. „Von jetzt an wird auch dein monatliches Taschengeld erhöht, Rosemarie. Du mußt nun auch lernen, mit Geld umzugehen. Deine Toilettenangelegenheiten sollst du jetzt selber besorgen. Ich werfe dir monatlich vierzig Mark dafür aus."

„O Vater, das ist ja viel zu viel! Ich komme gut und gerne mit der Hälfte aus. Frage nur die Tante."

Aber die Tante schüttelte lachend den Kopf.

„Uebers Jahr sprechen wir anders! Du wirst doch jetzt eine andere Kleidung brauchen, da du doch ab und zu mal nach Trier zu Konzerten, Vorträgen oder Gesellschaften fahren wirst."

Rosemarie machte ein bestürztes Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

—(◎)—

zuschüssen. Es muß ernsthaft die Frage aufgeworfen werden, ob durch die Fahrlässigkeit einiger Kreise und Gemeinden, welche scheinbar Reichszuschüsse nicht dringend benötigen, alle übrigen Kreise und Gemeinden, welche die Unterlagen beschafften, in Mitleidenschaft gezogen werden sollen. Es dürfte nicht angebracht sein, mit der Beschaffung von Unterlagen abzuschließen und die vorhandenen Unterlagen nach Berlin weiterzugeben. Andernfalls muß befürchtet werden, daß die badischen Kreise es in diesem Jahre nicht mehr erleben, mit Reichszuschüssen bedacht zu werden. Bis dahin ist es aber eine moralische Pflicht aller in Frage kommenden Behörden (Gemeinden, Kreise und Staat) zu ihrem Teil dazu beizutragen, der bitteren Not und unerträglichen Lage der badischen Kreisstraßen- und Wegewärter zu steuern.

Zur Beamtenbesoldungsfrage.

Berlin, 19. Sept. Von maßgebender Stelle geht uns folgende Notiz zu: Von Zeitungskorrespondenten sind in der letzten Zeit über die Besoldungsfrage wiederholt völlig irreführende Nachrichten verbreitet worden, die geeignet sind, unbegründet Beunruhigung zu erregen. U. a. wurde behauptet, die Reichsregierung wolle die monatliche Zahlung der Beamtenbezüge durch eine wöchentliche ersetzen. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die monatliche Zahlung für die Beamtenbezüge bleibt erhalten, nur die im Laufe des Monats wegen des Steigens der Teuerung etwa erforderlich werdenden Erhöhung der Bezüge soll zunächst nur für den Zeitraum von je einem ¼ Monat gezahlt werden. Diese Maßnahme ist notwendig, um den für diese Zahlungen erforderlichen Bedarf an Zahlungsmitteln möglichst niedrig zu erhalten und einer übermäßigen, stoßweisen Inflation zu steuern. Im übrigen wird durch die Einführung des neuen Zahlungsmittels die Möglichkeit geschaffen werden, den Beamten die Gehälter in wertbeständiger Form auszuzahlen, so daß die Notwendigkeit von Nachzahlungen von 111 Mill. Mark, später eine solche von 1943 Mill. Mark angeboten sei, ist unrichtig. Die Reichsregierung hat vielmehr eine Nachzahlung für die erste Septemberhälfte von vornherein grundsätzlich abgelehnt. Die mit den Spitzenorganisationen vereinbarte, am Mittwoch, den 19. September, zu leistende Zahlung gilt vielmehr für das dritte Viertel des September.

—(*)—

Baden.

Staatsminister a. D. Freiherr von Dusch gestorben.

)!(**Karlsruhe**, 20. Sept. Aus Mauern (Oberamt Böblingen) kommt die Nachricht, daß dort der frühere badische Ministerpräsident Dr. Alexander Freiherr von Dusch im Alter von 72 Jahren gestorben ist.

Staatsminister a. D. Freiherr von Dusch war als Sohn des 1889 verstorbenen badischen Kammerherrn und Geh. Rats Ferdinand von Dusch am 11. Sept. 1851 in Karlsruhe geboren, wo er den größtei Teil seiner Jugend verlebte und nach Beendigung seiner Studien 1874 in den badischen Staatsdienst trat. Er betätigte sich hierin zunächst in verschiedenen richterlichen Aemtern, arbeitete dann in dem damaligen Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, zu dessen Präsidenten er 1901 ernannt wurde. Drei Jahre darauf erfolgte dann seine Ernennung zum Minister und ein Jahr danach trat er an die Spitze des badischen Kabinetts, das er bis zu seinem am 23. Sept. 1917 erfolgten Eintritt in den Ruhestand leitete. Sein Rücktritt erfolgte damals nicht allein aus Gesundheitsrücksichten, sondern auch weil er den in dem Kriegsjahr 1917 vom badischen Landtag, vor allem von den Sozialdemokraten gestellten Neuforderungen abhold war. Der Entschlafene, dem die Universitäten Heidelberg und Freiburg die Ehrendoktorwürde verliehen hatten, besaß in besonders hohem Maße das Vertrauen der Großherzoge Friedrich I. und Friedrich II. Angefügt sei, daß der Großvater des jetzt Verstorbenen zu Karl Maria v. Weber engere Beziehungen unterhielt. Von Duschs Großvater hatte während seiner Heidelberger Studienzeit Weber kennen gelernt und ihn auf Apels „Gespensterbuch" aufmerksam gemacht, worin sich auch die Erzählung vom „Freischützen" aufgezeichnet findet. Mit Dusch entwarf Weber im Frühjahr 1810 den Opernplan, der aber infolge dienstlicher Verhinderungen des jungen Dusch nicht zur Ausführung kam und später dann von dem Leipziger Johann Friedrich Kind vollendet wurde. Die musikalische Befähigung des Großvaters des nun verstorbenen Staatsministers hat sich auf dessen Sohn übertragen, dessen Kompositionen man ab und zu im Konzertsaal begegnet.

Nach seiner Zurubesetzung nahm Staatsminister a. D. von Dusch zunächst in Heidelberg Wohnsitz und siedelte später auf ein von mütterlicher Seite stammendes Gut in Mauern im württembergischen Oberamt Böblingen über wo er jetzt entschlafen ist.

Aus der sozialdemokratischen Partei.

An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Strobel wurde Georg Reinbold, Schriftleiter des Volkswille-Singen einstimmig zum sozialdemokratischen Landesparteisekretär gewählt. Der Volksfreund vom 14. September macht dazu die Bemerkung:

Daß die Stelle des Landesparteisekretärs besetzt worden ist, ohne vorher auch den Bezirksausschuß zu hören, findet unsere Billigung nicht. Es war u. E. dringend geboten, vor der Neubesetzung der Stelle allgemeine Organisationsfragen zu besprechen, die in Baden unter dem Druck der Verhältnisse entstanden sind. Auf diesen Hinweis beschränken wir uns an dieser Stelle.

Der Volkswille in Singen ist als eines der radikalsten Blätter innerhalb der badischen sozialdemokratischen Presse bekannt. Die Bemerkung im Volksfreund läßt darauf schließenn, daß seine Bedenken nicht blos in formalen Gründen ihre Ursache haben. Auch in Mannheim wurde bei einer Wahl innerhalb der dortigen sozialdemokratischen Partei der noch nicht lange von den Unabhängigen zur Vereinigten sozialdemokratischen Partei übergegangene, noch junge Abgeordnete Freidhof dem Reichstagsabgeordneten Chefredakteur Oskar Geck vorgezogen. Beide Wahlen deuten auf eine Verschärfung der Stimmung in der badischen Partei im Sinne einer Radikalisierung hin.

Zum Artikel „Gustav Frenssen zur Gegenwart".

wird uns von einem Leser geschrieben:

Es ist wirklich ein Hochgenuß, Gustav Frenssens Gedankengänge in seinem „Briefe aus Amerika" zu kosten, des Verfassers einer Anzahl von Schriften anderen interessanten Inhalts. Es heißt in dem angeführten Artikel, daß Frenssen „gern beim Geschichtsphilosophen Besuch macht", und es ist eine Stelle angeführt, die den Verfasser Gründe nennen läßt, für den jähen Sturz des deutschen Volkes in das Elend in dem es sich jetzt befindet. Es gibt für viele, welche Mittelschulen besucht haben, tief und lang zu denken, wenn sie als Gedankenzusammenfassung über das deutsche Volk zu lesen bekommen: „Dieses selbst (gemeint ist das deutsche Volk) blind, blind, blind ... von nachlässigem Vertrauen, ungeschichtlichem Denken, stumpfem Hochmut," und wenn der Verfasser dieser Zeilen dann weiter liest: ... „geschichtliches Denken bald zu lernen und so sehend zu werden, dieses Stück Volkserziehung gehört wohl zu dem Dringendsten", so steigen eigenartige Erinnerungen in seinem Geiste auf über den Geschichtsunterricht, den er in Oberprima seinerzeit „genossen". Der Herr, der ihn gegeben, weilt nicht mehr unter den Lebenden, es liegt mir auch durchaus fern, undankbar und verletzend über einen ehemaligen Lehrer zu urteilen, nur der gründlichen Unterweisung der Jugend von heute soll es dienen, wenn eine Erinnerung mitgeteilt wird, wie erbärmlich gerade der Geschichtsunterricht in manchen Fällen erteilt wird. Mehrere Jahre nach meinem Abitur übergab eine Klasse der Direktion ein Memorandum von fast allen Schülern unterschrieben — es war noch im Frieden —, in welchem sich die angehenden Oberprimaner wehrten, in der Abschlußklasse Unterricht im deutschen und in der Geschichte zu erhalten, in dem man doch nicht lerne, weil die Zeit mit allem Möglichen vertrödelt werde. Diese Schüler waren allerdings mutiger wie wir, wir hatten schon ähnliches tun wollen, hätten es schließlich auch tun sollen. Um so angenehmer ist das Erinnern an unsern Geschichtsunterricht in der Unterprima, wo wir — es ist nicht übertrieben — einen ausgezeichneten Geschichtsunterricht genossen.

Es klingen mir immer noch die Worte in den Ohren nach, die zu Beginn der Unterprima zu uns gesagt wurden: Es kommt mir weniger darauf an, daß Sie sich kleine Zahlen merken, als vielmehr darauf, daß Sie die großen Zusammenhänge der einzelnen Geschichtsperioden verstehen, daß Sie die treibenden Kräfte kennen lernen, welche Umwälzungen Dynastiewechsel und dergl. herbeiführten usw. Was ich mit diesen Ausführungen erreichen bezw. anregen möchte ist das, daß doch allenthalben vom Unterrichtsminister geprüft werde, in welchen Händen der Geschichtsunterricht namentlich in Unter- und Oberprima der Mittelschulen und in der Abschlußklasse der Volksschulen liegt. Wäre es nicht besser, den Geschichtsunterricht ausschließlich besonders vorgebildeten und besonders befähigten Dozenten zu übertragen. Es kann ein Herr ein ausgezeichneter Philologe, aber dabei ein schlechter Geschichtslehrer sein, der selbst keine Liebe zu diesem Fach hat und dessen Zeit mit Zahlendrill und ähnlichem aufgeht. Wenn je im Leben, soll doch hier der Grundsatz gelten: Aus dem Leben, für das Leben! Wie kann das deutsche Volk geschichtlich denken, wenn die berufenen geistigen Führer es nicht lernten und deswegen schlecht verstehen. Es sollen diese Ausführungen absolut keine Verallgemeinerungen sein, das liegt ferne — aber trotzdem videant consules. Es könnte und dürfte vieles besser sein.

—) * (—

Guter Erfolg der Regierungsverordnungen.

Oberbaden ruhig.

Verhinderung von Demonstrationen.

Lörrach, 20. Sept. Auch die heutige Nacht ist in Lörrach, abgesehen von vereinzelten Schreck- und Scharfschüssen, ruhig verlaufen. Da gestern abend aus einem in den Bahnhof Lörrach einfahrenden Zug auf die Sipotruppen geschossen wurde, ist der Bahnhof besetzt worden; die Reisenden wurden nach Waffen untersucht. Die Freiburger Sipotruppen haben heute früh wieder die Stadt verlassen; nur die gestern aus Rastatt eingetroffenen Verstärkungen sind hier geblieben. Der Verkehr in der Stadt wickelt sich jetzt in normalen Bahnen ab. Der Markt wurde auf die Aufforderung der Landbürgermeister wieder beschickt, die Geschäfte und Banken sind den ganzen Tag geöffnet. Die Streikenden haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Sie verlangen die Bezahlung der Streiktage, was aber bisher von den Unternehmern abgelehnt wurde. Die Verhandlungen dauern fort. Die Zahl der Opfer beträgt nicht, wie von anderer Seite verbreitet wird, 9 Tote, sondern nur 4 und eine Anzahl Verletzte.

In Säckingen ist die Bewegung ebenfalls zusammengebrochen.

Freiburg, 20. Sept. Der Generalstreik ist beendet.

Polizeiliches Eingreifen in Freiburg u. Heidelberg.

Karlsruhe, 20. Sept. Von zuverlässiger Seite wird uns mitgeteilt:

In Freiburg kam es heute vormittag zu großen Ansammlungen in der Nähe des Schwabentores. Als die Menge trotz wiederholter Aufforderung sich nicht zerstreute wurde ein kleines auswärtiges Polizeiaufgebot eingesetzt, das den Platz rasch räumte. Dabei konnte naturgemäß nur ganz energisches Eingreifen Erfolg haben. Von der Waffe wurde keinen Gebrauch gemacht. Bei der Räumung des Platzes wurden einige 20jährige Burschen festgenommen, die zum Teil schon unter den Lörracher Demonstranten beobachtet worden waren. Das von auswärts eingesetzte kleine Polizeiaufgebot trug übrigens zum Teil noch die alte graue Uniform.

In Heidelberg fand heute nachmittag trotz des Verbots eine kommunistische Versammlung statt. Als der Aufforderung, das Lokal bezw. bei seinem Verlassen den Platz zu räumen, nicht Folge geleistet wurde und ein Teil der Menge Widerstand zu leisten versuchte, griff die Polizeibereitschaft mit den Gummiknüppeln ein und zerstreute die Ansammlung.

Betriebsstillegung u. Erwerbslosendemonstrationen in Karlsruhe.

Karlsruhe, 20. Sept. Die Arbeiterschaft der Firma Haid u. Neu beschloß in einer heute vormittag abgehaltenen Versammlung ebenfalls die Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 50 Schweizer Franken und die Bezahlung eines Stundenlohnes in Höhe von 50 Goldpfennigen. Die Direktion, der diese Forderung zur Kenntnis gebracht wurde, erklärte, nicht in der Lage zu sein, diese Forderung zu bewilligen, da hierzu ein Betrag von 4—5 Billionen nötig sei. Sie erklärte sich aber bereit, den gestrigen Vorschuß in Höhe von 100 Millionen von der heutigen Lohnzahlung nicht in Abzug zu bringen. Die Arbeiterschaft erklärte sich damit nicht einverstanden und beschloß so lange in der passiven Resistenz zu verharren, bis ihre Forderungen bewilligt worden seien. Darauf erklärte die Fabrikleitung, den Betrieb für geschlossen, der ab Freitag vollständig ruht.

Gestern abend fand eine Versammlung der Erwerbslosen statt, wobei beschlossen wurde, den Stadtrat aufzufordern, sofort für jeden Erwerbslosen eine Milliarde Mark auszubezahlen.

Unruhen in Württemberg.

Bieberach (Württemberg), 20. Sept. Gestern ist es hier zu Teuerungsdemonstrationen und Unruhen gekommen. Abteilungen junger Leute, deren Führer große Sowjetsterne an den Mützen trugen, besetzten in den Morgenstunden des Mittwoch die Stadt und hielten nun die zum Markt fahrenden Bauernfuhrwerke an, die dann auf den Markt geführt und gezwungen wurden, ihre Waren weit unter Tagespreis zu verkaufen. Dann durchzogen die Demonstranten die Stadt und zwangen die Arbeiterschaft zum Verlassen der Betriebe. Vor dem Rathaus sammelte sich eine größere Menge an, die folgende Forderung stellte: Sofortige Herabsetzung aller Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, Auszahlung der Löhne in Goldmark und sofortige Beschäftigung der Erwerbslosen oder Auszahlung von städt. Zuschüssen zu der Erwerbslosenfürsorge. Nachmittags 5 Uhr trat der bürgerliche Selbstschutz in Kraft. Glücklicherweise ist es zu Zusammenstößen nicht gekommen. Bei den Verhandlungen mit den Demonstranten erklärten die Vertreter des Kleinhandels, daß an eine Herabsetzung der Preise nicht zu denken sei. Die Industrievertreter erklärten sich bereit, wertbeständige Löhne zu zahlen, solange die schwebenden Verhandlungen zu keinem Abschluß gekommen seien. Weiter beschloß der Gemeinderat, sofort für Notstandsarbeiten zu sorgen. Die Demonstranten erklärten, sich vorläufig damit zufrieden geben zu wollen.

—(⊙)—

Chronik.

Baden.

Söllingen (b. Durlach), 20. Sept.

Der hiesige, in den 50er Jahren stehende Mühlenbesitzer Adolf Walther geriet in das Mühlengetriebe und wurde furchtbar verstümmelt und tot aufgefunden.

Neusatz (Bühl), 20. Sept.

(Kirchenräuber.) Diebe versuchten den Tabernakel der Pfarrkirche zu erbrechen, was ihnen aber nicht gelang.

Baden-Baden, 20. Sept.

Die erste Auflage der wertbeständigen Anleihe der Stadtgemeinde in Höhe von 10 000 Festmeter ist beträchtlich überzeichnet. Es wurde eine zweite Ausgabe mit weiteren 10 000 Festmetern zur Zeichnung aufgelegt.

—(*)—

Karlsruhe.

Christliches Gewerkschaftskartell.

Die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften werden zu einer sehr wichtigen Versammlung auf Samstag, den 22. September, im „Palmengarten" abends halb 8 Uhr, eingeladen. Landtagsabgeordneter Heurich wird über die gegenwärtige Lage sprechen.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Versammlung steht zu erwarten, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen.

!! **Fraktionssitzung des Bürgerausschusses heute**, Freitag, 21. September, abends halb 9 Uhr, im kleinen Rathaussaal.

Das Brot wird teurer. Mehlpreiserhöhung und Lohnerhöhung und noch vieles andere veranlassen die hiesigen Bäckermeister, die Brotpreise abermals beträchtlich zu erhöhen.

)!(**Erhöhung der Straßenbahntarife.** Wie aus dem gestrigen Inserat ersichtlich, hat die Straßenbahn ihre Tarife wieder erhöhen müssen. Von heute ab kostet eine Fahrt bis 5 Teilstrecken 3 Millionen, über 5 Teilstrecken 4,5 Mill.

:.: **Konzert Verena-Weismann.** Heute, Freitag, den 21. Sept., findet abends 8 Uhr im Eintrachtssaale der Liederabend der Sopranistin Else Verena statt unter Mitwirkung des Freiburger Komponisten und Pianisten Julius Weismann. Karten bei Kurt Neufeldt und an der Abendkasse.

)(**Städtisches Orgelkonzert in der Festhalle.** Mit Bezug auf die Verordnung des Staatsministeriums vom 19. d. M. betr. den Schutz der öffentlichen Ordnung wird mitgeteilt, daß das morgen Freitag, abends halb 8 Uhr, in der Festhalle anläßlich der Eröffnung der Karlsruher Herbstwoche vorgesehene städtische Orgelkonzert bestimmt stattfinden wird. Soweit es durch diese Verordnung berührt wird, ist die Genehmigung zu seiner Abhaltung erteilt. — Der Vorverkauf ist ein recht guter, so daß mit einem starken Besuch des hohe künstlerische Genüsse bietenden Konzerts gerechnet werden kann. Abendkassen sind in der Festhalle eingerichtet.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe

Voraussichtliche Witterung bis Samstag, den 22. September, nachts: Bei anhaltenden frischen, zeitweilig böigen Winden ist das Wetter meist trocken, vielfach regnerisch und sehr kühl; eine Aenderung ist vorerst nicht zu erwarten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Kunst / Wissen

Die deutsche Physikertagung in Bonn.

(Einstein unter den Teilnehmern.)

Die rheinische Musenstadt beherbergt in den Tagen vom 17. bis 22. September den großen diesjährigen Physikerkongreß, zu dem die ersten Fachgelehrten, auch anderer Länder, und verschiedene Nobelpreisträger, ihr Erscheinen zugesagt haben. Auch Einstein hat zugesagt. Man soll keinen Personenkult pflegen, aber es bedarf doch der geziemenden Hervorhebung dieser Tatsache, denn mit der Ehrung des großen Denkers ehren wir eine Leistung deutscher Wissenschaft, die mit unvergänglichen Lettern in die Tafeln der Wissenschaftsgeschichte eingezeichnet bleiben wird.

Einsteins Lehre hat ihr Schicksal, wie alle großen neuen Tatsachen im Reiche der Ideen; in einem heftigen Kampf des Für und Wider trat ihr eigentlicher Sinn und Dauerwert wohl nur wenigen der dazu Fähigen und Berufenen — und wieviel setzt das voraus! — vor das geistige Auge. In der ersten Zeit seit Ende 1919, gingen die Wogen der Einstein-Fehde überaus hoch; dann legte sich der Sturm und es lenkte die Bewegung in die festen Bahnen rein wissenschaftlicher Fachdiskussion ein. Und heute tritt dank der klärenden Arbeit der Gelehrten die mittlere Linie hervor, auf der sich alle Beurteilung halten muß, wenn sie dem einen Notwendigen, der Wahrheit dienen und sich nicht an die möglichen Extreme verlieren will. Ein Teil dieser Wahrheit aber ist, daß man Einsteins Gedankenwerk weder als eine „Komödie der Irrungen" abtun darf, wie es kürzlich noch Straffer (Bern) beliebte, noch aber auch sie schlechthin zur „größten Geistestat aller Zeiten" stempeln sollte.

In einem Zeitungsaufsatz kann und darf nun selbstverständlich nicht die Darstellung und Würdigung der neuen Lehre unternommen werden, schon deshalb nicht, weil, wie Al. Müller einmal betont, „die Naturwissenschaft noch nie eine umfassende Theorie besessen hat, die so unpopulär ist wie die Einsteinsche Relativitätstheorie. Das ist ein ganz typischer, wesentlicher Zug an ihr. Sie ganz, in ihren Grundlagen, ihrer Durchführung, ihren Konsequenzen zu verstehen und zu überblicken, ist nur der imstande der über die nötige, wirklich nicht kleine mathematische Ausbildung verfügt. Wer für die Art des mathematischen und des theoretisch-physikalischen Denkens keinen Sinn besitzt, der steht der R.-Th. gegenüber wie der Taube der Musik, wie der Blinde den Farben. Man kann ihm wohl vielerlei über die R.-Th. sagen, aber ihm sie selbst nicht sagen. In der R.-Th. liegt alles andere eher als Popularität." Wohl aber können einige wesentliche Richtlinien angedeutet werden, die auch bei einem breiteren Publikum Verständnis finden und genügend aufklären, wie etwa die folgenden: Für das praktische Leben ist die Annahme oder Verwerfung der Einsteinschen Lehre belanglos. Was ihre beiden Teile angeht, so anerkennen z. T. auch die eifrigsten Gegner die spezielle R.-Th.; jedoch wird jetzt u. a. durchweg zugegeben, daß ihre jetzige Form noch sehr verbesserungsbedürftig sei. Ferner interessiert die Frage nach der Tragweite der R.-Th. für die Astronomie und für die Philosophie. Hinsichtlich der ersteren betonte der Bonner Astronom Hopmann einmal, daß die Großen, wie Kopernikus, Galilei u. Newton, nicht etwa durch Einstein gestürzt, sondern ihre Gedankenbauten verbessert worden sind. Ungeändert bleibt alles, was die Astronomie lehrte über den Bau des Weltalls, die Planeten und Kometen, die Entfernungen und Bewegungen der Fixsterne usw. Und mit der Mär von einer Revolution der Philosophie, besonders der Naturphilosophie und Metaphysik, durch Einsteins Entdeckung hat jüngst der Bonner Privatdozent Dr. Al. Müller in seinem lichtvollen Buch (über die Philosoph. Probleme der Einsteinschen R.-Th.; bei Vieweg, Braunschweig) gründlich aufgeräumt. All das Grundstürzende, in philosophischen Dingen, das ihre begeisterten Anhänger verkünden, hat sich nicht nachweisen lassen. Die R.-Th. lehrt uns nichts Neues über das Wesen von Raum und Zeit, nichts Neues über die Relativität der Erkenntnis oder der Dinge. Auch zu den Fragen über Substanz, Kausalität, Ewigkeit und Zeit u. a. hat die R.-Th. keine Beziehung. „Das einzige philosophisch bedeutsame Ergebnis ist dies, daß sie zeigt, wie wir den physischen Raum zerspalten müssen in den wirklichen Raum und den Messungsraum; entsprechend die physische Zeit. Gewiß ist dieses Resultat wichtig. Denn es stellt den logischen Typ des physikalischen Gegenstandes, den die bisherige Physik und ihre Wissenschaftstheorie nicht erkannten, deutlich heraus. Und das Resultat wird selbst dann nichts an Wichtigkeit verlieren, wenn es der R.-Th. nicht gelingen sollte, die jetzige Form der (speziellen) R.-Th., die zu großen Bedenken ausgesetzt ist, durch eine bessere zu ersetzen. Denn jetzt sind einmal die Augen für diesen Gegenstandstyp geöffnet."

Freilich werden noch Jahre vergehen können, wie immer bei großen neuen Ideen in der Wissenschaft, bis die Einsteinsche Theorie endgültig bejaht, abgelehnt, oder vielleicht mehr oder weniger umgeändert, angenommen ist. Der Weg der Wissenschaft ist immer noch ein mühseliger und steiler gewesen. Und nicht bedeutungslos sind als Ruhepunkte auf ihm die Kongresse von der Art des jetzt in Bonn tagenden. Mag auch er seinen Beitrag steuern zum großen Werk des geistigen Fortschritts der Menschheit und im besonderen zur Bereicherung der deutschen Wissenschaft — sie ist das einzige Feld, auf dem wir bisher noch ein letztes Stück alter Weltgeltung haben behaupten können!

H. Ruster, Bonn.

Theater und Musik

Lautenabend Agnes Delsarto.

Wenn uns die Notwendigkeit zwänge, unsere Theater, ja auch unsere Freudenbringer aus zweiter und dritter Hand, die Tanz- und Biervergnügungen zu schließen: eine Agnes Delsarto dann und wann zu Besuch könnte für diesen Mangel mehr als in Ersatz und Notbehelf anspruchsloser Gemüter sein. Aber leider gibt es dieses Wunderkind nur in einem einzigen Exemplar und wir müssen schon froh sein, wenn wir ihm ein oder zwei Mal in jedem Jahr begegnen. Und gestern abend feierte man ein herzliches Wiedersehen im vollbesetzten Eintrachtsaal. Was dieser singenden Schauspielerin oder mimenden Sängerin ihre Einmaligkeit gibt, das ist der Liebreiz einer harmonisch universellen Künstlerin, die Lautenspiel, Gesang und Mimik, ja selbst Pfeifen und Tierstimmen jeder seelischen und phonetischen Schattierung aufs feinste dienstbar zu machen weiß und in ihrer Persönlichkeit alle die Eigenschaften und Temperamente vereinigt, die dem deutschen Gemüt in seiner Aeußerungsweise entsprechen. Frische, Unmittelbarkeit und Tiefe geben ihr eine nie versagende Wirkung, ob sie im Liebesgewand des Pagen der Herzogin von Castilien, ob im Gefieder des verliebten Finken oder in der Verkleidung des alltäglichen Liebhabers auftritt. Die fröhliche und im besten Sinne gelockerte Stimmung der Zuhörer zeigte wieder einmal auf Sturm, der sich schließlich noch nicht einmal nach einigen Zugaben legen wollte. Aber Agnes Delsarto versprach, bald wieder zu kommen! Dr. B.

Landestheater. Rolf Lauckner, dessen jüngstes Schauspiel „Die Reise gegen Gott" am Samstag, den 22. September als Eröffnungsvorstellung der Festwoche des Landestheaters (Karlsruher Herbstwoche 1923) zur Uraufführung kommt, hat sich bereits mit seinen früheren Bühnenwerken in die erste Reihe der jüngeren deutschen Dramatiker gestellt. Mit seinem Drama „Der Sturz des Apostels Paulus" trat der Dichter s. Zt. auf der Bühne des „Jungen Deutschland" zum erstenmal an die Oeffentlichkeit. Diesem Erstlingswerk folgten die Schauspiele „Wahnschaffe", „Christa, die Tante" und die dramatische Szenenfolge „Schrei aus der Straße", die sämtlich im Laufe der letzten Jahre auf einer Reihe der namhaftesten deutschen Bühnen mit wachsendem Erfolg aufgeführt wurden. In der „Reise gegen Gott" handelt es sich um das Problem der Heimat. Auch aus dem triebhaften Gefühl der Heimatliebe spricht Gottes Stimme zum Menschen und in dem Maße als er sie überhört oder gar zu ersticken trachtet, begeht er Sünde wider das Heilige in sich, gerät in Gottesferne. Das Stück möchte in unserer wild verworrenen Zeit, da alles wankt und zu stürzen droht, da auch die Heimat für so viele ihre bindende Macht verliert und mit verführerischen Farben eine gleißende Ferne vom heimatlichen Gottesboden hinweglockt, den Mutterruf zur Heimkehr im wörtlichen wie im tieferen, eigentlichen Sinne erklingen lassen. — Zu der am Sonntag, den 23. d. M., stattfindenden Aufführung der neu inszenierten romantischen Oper „Der Templer und die Jüdin" von Heinrich Marschner werden die beiden Hauptpartien des Templers und der Jüdin Rebekka gesungen von Rudolf Weyrauch und Lilly Breig. In den wesentlichsten übrigen Partien sind beschäftigt die Herren Valve Büttner, Glaß, Peters, Barth, Dr. Wucherpfennig. Die musikalische Leitung hat Operndirektor Fritz Cortolezis, die szenische Leitung Oberregisseur Karl Stang. Die Gestaltung der Bühnenbilder erfolgt nach Entwürfen von Direktor Emil Burkard, die Zusammenstellung der Kostüme durch Margarete Schellenberg.

Kirchliche Nachrichten.

Zusammenkunft der Geistlichen.

Am Dienstag (25. September), nachmittags 3 Uhr, findet in Karlsruhe im Marienhaus (altes St. Vinzentiushaus, Kriegsstraße 49) eine Zusammenkunft der hochw. Herren Geistlichen Mittelbadens (etwa der Kapitel Gernsbach, Ettlingen, Mühlhausen, Philippsburg, Bruchsal) statt, zwecks einer Besprechung der Lage. Ein Herr aus Freiburg wird referieren. Es ist wünschenswert, daß sich möglichst viele Herren aus diesem Anlaß einfinden.

Handel — Wirtschaft — Verkehr

Amtliche Berliner Devisenkurse. 20. 9. 23. mitt. 2 Uhr

	Geld	Brief
Amsterdam	71221500.—	71578500.—
Brüssel	8977500.—	9022500.—
Kristiania	29027000.—	29173000.—
Kopenhagen	32917500.—	33082500.—
Stockholm	48679500.—	48923500.—
Helsingfors	4788000.—	4812000.—
Italien	8079750.—	8120250.—
London	822937500.—	827062500.—
New-York	181545000.—	182455000.—
Paris	10733000.—	10787000.—
Schweiz	32119000.—	32281000.—
Spanien	24538000.—	24651000.—
Deutsch-Oest.	249375.—	250625.—
Prag	5446350.—	5473650.—
Budapest	9576.—	9624.—
Buenos Aires	60249000.—	60551000.—
Sofia	1645875.—	1654125.—
Tokio	87780000.—	88220000.—
Rio de Janeiro	16957500.—	17042500.—
Warschau	—	—
Lissabon	8279250.—	8320750.—
Agram	179550.—	180450.—

Berlin, 20. Sept. (Börsenstimmungsbild.) Der Devisenverkehr am heutigen Börsenruhetag stand noch immer unter dem Einfluß der Geldknappheit. Verschiedene Gerüchte, die an der Börse im Umlauf waren, bewirkten ein ziemlich starkes Schwanken der Kurse. Der Dollar setzte morgens mit 220 ein und gab dann im weiteren Verlauf etwas nach; gegen 1 Uhr wurde er mit 194 bis 195 genannt. Es trat überhaupt heute die seltene Erscheinung ein, daß sich der Handel nicht wie sonst üblich in englischen Pfunden abwickelte, sondern diese traten in den Hintergrund. Bei der amtlichen Notierung wurden die gestrigen Kurse wieder festgesetzt, jedoch bei voller Zuteilung. Auch im Effektenverkehr machte sich die Geldversteifung bemerkbar. Immerhin hatte es den Anschein als ob eine Erleichterung im Anzug wäre und schon teilweise eingetreten ist. So war heute die Stimmung eher wieder fester und im Börsenverkehr wurden umfangreiche Rückkäufe vorgenommen.

Die Wirtschaft und das neue Geld.

Berlin, 20. Sept. Halbamtlich wird berichtet: Das Projekt zur Schaffung eines wertbeständigen Geldes wurde mit Vertretern der Wirtschaft im Finanzministerium erörtert. Das Projekt fand in seinen Grundzügen allgemeine Zustimmung; über verschiedene Einzelheiten schweben noch Verhandlungen.

Eine Entschließung der sächsischen Industrie.

Dresden, 20. Sept. Die Deutsche Allg. Ztg. berichtet: Der Gesamtvorstand des Verbandes sächsischer Industrieller hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Schaffen wir uns ein wertbeständiges ehrliches Geld, das den Wert von Arbeitsleistung und Waren erhält. Friedenslöhne nur für Friedensarbeit! Wo in normalen Zeiten nur einer gearbeitet hat, dürfen nicht mehr zwei oder drei stehen. Die Demobilmachungsbestimmungen, welche die Produktion nur hemmen, müssen aufgehoben werden. Bei fehlendem Betriebskapital steht Lohn- oder Gehaltszahlung vor Steuerzahlung. Wir benötigen dringend die fundierte Goldmark und Stillegung der Notenpresse, sowie Umwandlung der Papier- in Goldmark zum Entwertungskurs. Auch Arbeiter und Angestellte müssen wertbeständig entlohnt werden. Die mit allen Garantien geschaffene Goldmark muß aber voll gedeckt und derartig gesichert sein, daß sie keiner Inflation verfällt. Die sächsische Industrie verlangt von Staat und Reich unbedingt volle Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität und der öffentlichen Sicherheit gegenüber jeder Störung.

Das Ergebnis der Devisenrazzia in Berlin.

Berlin, 19. Sept. Das finanzielle Ergebnis der großen Devisenrazzia, die gestern in Kaffees usw. veranstaltet wurde, kann erst heute im Laufe des Tages festgestellt werden. Doch ist jetzt schon soviel sicher, daß vom Dollar angefangen, fast alle Valuten der Welt zutage gekommen sind. In der Hauptsache wurden Dollars beschlagnahmt, die in erstaunlichen Mengen vom Devisenkommissar der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden konnten. In einem einzigen Lokal hat man 2300 Dollars aufgestöbert, die nach dem gestrigen Kurs allein 373 Milliarden Papiermark entsprechen. In erheblichen Beträgen wurden auch ausländische Wechsel gefunden.

*

Mannheimer Kleinviehmarkt vom 20. Sept. Es waren aufgetrieben 52 Kälber und 625 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden pro Pfund Lebendgewicht für Kälber (alles in Millionen Mark): Kl. B 16—18, C 15—16, E 14—15, für Ferkel und Läufer 120—700 Mill. Mk. pro Stück. Marktverlauf: Mit Kälbern mittelmäßig, geräumt. Mit Ferkeln und Läufern mittelmäßig; kleiner Ueberstand.

Viehzählung am 1. Oktober 1923. Die diesjährige Viehzählung erfolgt am 1. Oktober d. J., wobei nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern neben der Zahl der viehbesitzenden Haushaltungen die Bestände an Rindvieh, Schafen, Ziegen, Schweine zu ermitteln ist.

An die Parteifreunde der Zentrumspartei Mittelbaden!

Am nächsten Sonntag findet in Karlsruhe der

Landesparteitag

für Mittel- und Unterbaden statt.

Durch seine vorbildliche Arbeit genießt unser Parteibezirk im ganzen Lande bedeutendes Ansehen. Das muß durch zahlreichen Besuch des Landesparteitages bekräftigt werden. Ich erwarte, daß von jeder Ortschaft Delegierte anwesend sind, die die gegebenen Anregungen zum Segen von Volk und Partei wieder hinauszutragen in der Lage sind.

Meine besondere Einladung gilt der christlichen Jugend, die sich in dunkelster Zeit geschlossen um die erprobten Führer des christlichen Volkes im öffentlichen Leben scharen muß, um zu lernen, um zu zeigen, daß sie bereit ist, die Bahnen der Väter zu gehen.

Auf zum Parteitag!

Dr. Baumgartner, Landtagspräsident, Vorsitzender der Zentrumspartei Mittelbaden.

Spiel und Sport.

Deutsche Jugendkraft. Gau Mittelbaden.

Die Fußballspiele des Sonntag nahmen einen schönen Anfang. Resultat: Baden-West — Karlsruhe-Mühlburg 0:6 für Mühlburg; Karlsruhe-Daxlanden — Rastatt 9:3 für Daxlanden. Am Sonntag, 23. Sept., treffen sich im Fasanengarten Karlsruhe der Kreismeister der Pfalz (Mundenheim) und der badische Kreismeister (Karlsruhe-Mühlburg) zum Entscheidungsspiel, zu dem die Freunde der D. J. K. freundlichst eingeladen sind. In Bruchsal spielt der dortige Gesellenverein gegen D. J. K. Ersingen.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 17. Sept.: Karl Herm, Bahnarbeiter, Ehemann, alt 59 Jahre. — 18. Sept.: Christine Bickel, alt 79 Jahre, Ehefrau des Maurermeisters Fedr. Bickel; Heinrich, alt 1 Monat 4 Tage, Vater Anton Grundler, Eisenbahninspektor; Heribert Gersbach, Verwaltungsobersekretär, Ehemann, alt 44 Jahre.

Todesfälle. 18. Sept.: Christiane Oberle, alt 61 Jahre, Ehefr. des Blechners Otto Oberle. — 19. Sept.: Wilh. Frietsch, Bankbeamter, ledig, alt 30 Jahre.

Wirtschaftszahlen am 21. September.

Dollar in Frankfurt am 20. Sept. (letzter Kurs im Devisenfreiverkehr): 135 Millionen.

Dollar in Berlin am 20. Sept. (amtliche Notierung): 181 545 000 (Geld); 182 455 000 (Brief).

Goldmark am 20. Sept., berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarbriefkurs: 43 441 667 Papiermark.

Karlsruher Teuerungszahl (mit Bekleidung). Stichtag 17. Sept.: 16 011 797.

Badische Teuerungszahl (ohne Bekleidung). Stichtag 17. Sept.: 12 938 843,77.

Reichsindexziffer. Stichtag 17. Sept.: 14 244 000.

Badischer Einzelhandel: 5 400 000 (Vortag: 5 460 000).

Großhandelsindex. 11.—18. Sept.: 36 000 000 (Vorwoche: 11 513 321).

Die Schlüsselzahl im Buchhandel beträgt ab 20. Sept. 30 Millionen.

Der neue Hotelmultiplikator. Der Verband deutscher Hotelbesitzervereine hat den Hotelindex mit sofortiger Wirkung auf 7 Millionen erhöht.

Badischer Landesmilchpreis. Der badische Landesmilchpreis (Erzeugergrundpreis) beträgt ab Montag, den 24. Sept., für ein Liter Vollmilch ab Stall 4 000 000 Mk.

Amtliche Anzeigen.

In der Bezirksratssitzung vom 24. 1. 1922 wurden gemäß § 3 und 5 des Ortsstraßengesetzes die Straßen- und Baufluchten in der Bannwald-

Gaskoks.

Brotpreise (markenfrei)

In unserem Verlag ist erschienen: Der internationale Verein Ernster Bibel-